



# HESSISCHER LANDTAG

06.02.2020

HHA

## Änderungsantrag

### Fraktion DIE LINKE

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses**

**Drucksache 20/2090 zu Drucksache 20/1407**

**Inhalt des Antrags: Absenkung der Mittel für den Verfassungsschutz**

**Einzelplan 03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

**Der Landtag wolle beschließen:**

Zu Kapitel 03 03 Landesamt für Verfassungsschutz  
Buchungskreis: 2210

Produktnummer lt. Leistungsplan 1

Bezeichnung lt. Leistungsplan Verfassungsschutz

<b>Leistungsplan:</b>		<b>Veränderung</b>		
		<b>von</b>	<b>um</b>	<b>auf</b>
<b>Gesamtkosten</b>		31.433,2	-13.900,0	17.533,2
<b>Produktabgeltung</b>		31.341,5	-13.900,0	17.441,5

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

### Begründung des Änderungsantrags:

Nach seiner skandalösen Rolle beim Rechtsterror des NSU ("Nationalsozialistischer Untergrund") bleibt der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz weiterhin jeglichen Nachweis seiner notwendigen und ordentlichen Arbeit schuldig: Auf die massiven Bedrohungen und Gewalt durch die extreme Rechte wurde viel zu spät reagiert. Die Akten der mutmaßlichen Mörder des ehemaligen Regierungspräsidenten Walter Lübcke wurden gelöscht und dem NSU-Ausschuss vorenthalten, obwohl oder sogar weil diese jahrzehntelang als militante und straffällige Neonazis mit NSU-Bezügen bekannt waren. Dabei wurde der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz mit ständig neuen Mitteln und Ressourcen ausgestattet, das Budget wurde seit 2006 in etwa verdoppelt! Alleine 2016 und 2017 wurden 70 neue Stellen (+ 25 Prozent) und 31 Stellenhebungen (+ für 10 Prozent des Personals) bewilligt und nun soll das Budget erneut um 3 Mio. (+10 Prozent) wachsen. Das ist nicht nur vor dem Hintergrund von Kürzungen in anderen Bereichen nicht zu rechtfertigen, sondern auch deshalb, weil der Geheimdienst weiterhin jeglicher juristischen und parlamentarischen Kontrolle entzogen bleibt. Ohne Leistungsnachweis und Kontrollierbarkeit bleibt er ein überflüssiger Fremdkörper innerhalb der Demokratie. Wir wollen den Inlandsgeheimdienst "Verfassungsschutz" Schritt für Schritt zurückbauen, indem zunächst eine Rückführung der Mittel

auf das Niveau von 2006 stattfindet. Freiwerdende Mittel sollen in Präventionsprogramme gegen Gewalt und gegen Menschenfeindlichkeit fließen.

Wiesbaden, 6.2.2020

Für die Fraktion  
DIE LINKE  
Die Fraktionsvorsitzende:

**Janine Wissler**